

## **Schluss mit dem Kaputtsanieren im Gesundheitswesen - Saar - Kliniken erhalten - für einen saarländischen Klinikverbund**

Seit Monaten findet im Saarland eine Auseinandersetzung statt um die Zukunft der Krankenhäuser. Gegenwärtig, Ende Juni, ist in der Öffentlichkeit Ruhe. Gesundheitsministerium, Trägergesellschaften und Kommunen halten sich bedeckt. Die Entwicklungen sind jedoch offen, Fragen sind unbeantwortet. Was wird hinter den Kulissen gemauschelt?

Das Geschachere um die ehemalige städtische Klinik Neunkirchen hat die chaotische Situation der Krankenhausversorgung im Saarland erneut deutlich gemacht. Dies ist ein weiteres Beispiel der völlig verantwortungslosen Kaputtsanierung im Gesundheitswesen im Saarland. Wir erleben geradezu eine Flucht der öffentlichen Träger (Städte und Landkreise) aus der gesundheitspolitischen Verantwortung. Statt von sozialer Daseinsfürsorge wird der Betrieb von Krankenhäusern von profitorientierten betriebswirtschaftlichen Bedingungen bestimmt. Private Träger und pseudo-gemeinnützige Konzerne wie Marienhaus, Caritas, Diakonie und andere führen den Betrieb solange, wie es sich rentiert; danach ist Schluss.

Mit dem Fallpauschalen-System, mitgetragen von dem neoliberalen Parteienspektrum CDU/CSU/SPD/GRÜNE/FDP, wird der Spardruck auf die Krankenhaus-Träger bis zur Klinikschließung durchgedrückt. Die Saar-Groko hat mit ihrer Rotstiftpolitik den Investitionszuschuss für die Krankenhäuser beständig gekürzt. Sie hat damit die Situation weiter verschärft und ist für den gegenwärtigen Zustand voll mitverantwortlich.

Inzwischen ist die Krankenhaus-Situation im Saarland katastrophal. „Monatlich“ neue Schließungsandrohungen, hier eine Idee, da ein Vorschlag. Die Hilfslosigkeit und das Unvermögen der CDU-SPD Landesregierung, vor allem der zuständigen Ministerin, schaden dem Land, vor allem schaden sie der Bevölkerung des Landes und verunsichern die Beschäftigten. Die Regierung macht einen Krankenhausstruktur-Plan, die „gemeinnützigen“ kirchlichen Träger machen Krankenhäuser zu - oder auch wieder nicht. Das Hin und Her um die Lebacher (katholische Trägerschaft) und die Neunkircher Klinik (evangelische Trägerschaft) ruft geradezu nach staatlicher Intervention. Ein Eingreifen der Landesregierung findet jedoch nicht statt.

Im Rahmen des „Zukunftpaket Saar“ hat die Landesregierung jetzt eine Erhöhung der Investitionen zugesagt und einen Sonderfonds von 220 Mio. beschlossen. Das ist längst überfällig, löst aber nicht die aufgelaufenen Probleme. Es sind keine Initiativen für die Nordsaarland-Klinik bekannt, nichts für eine Bestandsicherung für Lebach und Losheim, keine Initiative für das ehemalige städtische Krankenhaus Neunkirchen. Weiterhin wird die Zukunft der Krankenhausversorgung den „gemeinnützigen“ Trägergesellschaften überlassen.

Die Neunkircher Klinik war durch das Fallpauschalensystem und auch selbstgemachte Probleme (VIP-Neubau) beständig defizitär. Stadtverwaltung und Stadtrat gingen den einfachen Weg - verscherbeln. Ein hartnäckiger politischer Kampf um eine kostendeckende Finanzierung war wohl ein politisches Problem, sitzen doch in Berlin, Saarbrücken und Neunkirchen die gleichen Parteien in der „Verantwortung“. Jetzt will die Stadtverwaltung auch die restlichen 5% Beteiligung an der Klinik „vertragsgemäß“ an die Diakonie veräußern. Das Geld ist schließlich im Haushalt eingeplant. Finanztechnisch völlig in Ordnung, sozial- und gesundheitspolitisch absolut verantwortungslos und nicht nachvollziehbar.

Die finanziellen Erwartungen der Kreuznacher Diakonie gingen wohl nicht auf. Die Geschäftsführung plante u.a. die übliche kapitalistische Lösung: Dichtmachen. Da gibt es zu Halberg Guss und Karstadt-Kaufhof keinen prinzipiellen Unterschied. Aktuell will die Diakonie

am Standort Neunkirchen festhalten mit einer um ein Drittel reduzierten Bettenzahl, eventuell auch Neubau. Das soll wohl die Unruhe in der Belegschaft, der Bevölkerung und der „Politik“ dämpfen. Das Hin- und Hergeschiebe zwischen Landesregierung und Diakonie von Zusagen und Absagen, fehlenden oder vorhandenen Konzeptionen bringt niemanden weiter.

Die Stadtverwaltung hat mehrfach erklärt, dass eine geeignete Neubaufäche bereitgehalten werde und für Finanzierungsgespräche bereit sei. Dies kann in dieser Situation wohl kaum für eine Standortsicherung genügen. Notwendig ist eine ernsthafte Lösungskonzeption, die gemeinsam erarbeitet wird. Nichts gab es bisher vom Bachmann-Ministerium, Schweigen auch vom SPD-Koalitionspartner.

Auch die Partei Die Linke in Neunkirchen steht hier in der Kritik. Bisher gibt es keine öffentliche Erklärung, keine Solidarität mit den Beschäftigten. Bei der Stadtratsabstimmung zum Klinikverkauf (2015) hatte die Fraktion mehrheitlich zugestimmt. Die Fraktionsvorsitzenden Andrea Neumann unterstützte die Argumentation der Stadtverwaltung.

Die DKP Neunkirchen hat sich in einer Stellungnahme für den Erhalt der Klinik ausgesprochen, die Rekommunalisierung und Entschuldung gefordert und sich mit den Beschäftigten solidarisiert.

Lediglich die Vertretung der Krankenhaus-Mitarbeiter\*innen, die Gewerkschaft ver.di hat im Interesse der Beschäftigten, der Patienten und einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik Vorschläge gemacht.

Auf deren Grundlage schlagen wir vor:

- Langfristiges Ziel muss die Herauslösung des Gesundheitssystems aus der profitorientierten privat- und schein gemeinnützigen Wirtschaft sein.
- Es darf keine Entscheidung mehr gegen den Willen der Beschäftigten geben! Alle zukünftigen Vereinbarungen müssen durch Urabstimmung der Beschäftigten bestätigt werden. Die Mitbestimmung der Beschäftigten muss wesentlich ausgebaut werden, um weitere Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu verhindern.
- Sofortmaßnahmen für Neunkirchen:  
Die öffentliche Hand, Landkreis oder Stadt übernehmen für 1.- Euro die Klinik; es wird sofort eine neue Geschäftsführung eingestellt, unter Beachtung Punkt 1.

Die Landesregierung sichert kurzfristig das finanzielle Überleben der Klinik.

Selbstverständlich muss das städtische Krankenhaus erhalten bleiben und die Zukunft gesichert werden. Das städtische und das ehemalige Kreiskrankenhaus Ottweiler müssen wieder in öffentliche Hand überführt werden. In diesem Sinn unterstützen wir die Vorschläge der Gewerkschaft ver.di zum Erhalt des Neunkircher Krankenhauses und zur Neuorganisation der Krankenhäuser im Saarland in einem Krankenhausverbund. Wir sind solidarisch mit den Beschäftigten in ihrem Widerstand gegen eine mögliche Schließung für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze

- weitere Maßnahmen:  
Die Schließung, bzw. Umwandlung des ehemaligen Kreiskrankenhaus Ottweiler durch den Marienhaus-Konzern wird durch Verfügung der Landesregierung gestoppt; der Landkreis übernimmt für 1.-Euro wieder die Klinik.

Die Landesregierung erarbeitet in Zusammenarbeit mit den kommunalen Körperschaften, den Sozialverbänden und der Gewerkschaft ver.di einen

Krankenhausstrukturplan auf der Grundlage des Vorschlages von ver.di zu Schaffung eines saarländischen Klinikverbundes.

Die Landesregierung setzt sich nachdrücklich im Bundesrat ein für ein neues Krankenhausfinanzierungsgesetz; die saarländischen Bundestagsabgeordneten ergreifen dazu eine fraktionsübergreifende Initiative; auch hierzu gibt es einen Vorschlag der Gewerkschaft ver.di

Die Beschäftigten der Klinik Neunkirchen, der Klinik Ottweiler, der Klinik Lebach, alle um ihre Arbeitsplätze Kämpfenden haben unsere Solidarität! Wir können nur raten:

Wer kämpft kann verlieren - wer nicht kämpft hat schon verloren!

Rainer Dörrenbecher, DKP Saarland; 30.Juli 2020